



URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Joerg-Alt;art122,3066892>

In politischer Mission

Krumme Wege und gerade Schritte

Er spricht mit Beratern der Kanzlerin und operiert virtuos im Internet: Erst kämpfte der Jesuit Jörg Alt für Flüchtlinge und Illegale, dann gegen Landminen und jetzt für eine Steuer auf Finanzgeschäfte. Er glaubt fest an den Erfolg. Schließlich weiß er Gott auf seiner Seite.



Nervig für die gute Sache. Pater Jörg, Ordensmann in politischer Mission. - Foto: Peter Roggenthin
Von Harald Schumann, Nürnberg
26.3.2010 0:00 Uhr

Er korrespondiert mit Innenminister Wolfgang Schäuble und Außenminister Guido Westerwelle. Er führt vertrauliche Gespräche mit Beratern der Kanzlerin, telefoniert mit Bankern, Bischöfen, Ökonomen und bereitet eine Anhörung im Bundestag vor. Er gibt Fernsehinterviews, vermittelt Journalisten Kontakte und organisiert Telefonkonferenzen.

Wenn Jörg Alt seine derzeit wichtigste Aufgabe beschreibt, dann klingt das zuweilen wie ein Bericht aus dem Herzen der Bundespolitik. Doch der Mann

mit dem kurzen Namen ist weder Politiker noch Lobbyist, und er wohnt nicht mal in Berlin. Gleichwohl ist er einer der erfolgreichsten politischen Aktivisten der Republik. Denn Jörg Alt koordiniert die bundesweite Kampagne zur Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen, die viele Milliarden Euro für den Kampf gegen die Armut in Entwicklungsländern einbringen soll.

Mehr als 60 000 Bundesbürger haben bereits eine entsprechende Petition unterschrieben. Die Schauspieler Heike Makatsch und Jan Joseph Liefers haben eigens einen Werbespot für das Projekt gedreht, der im Internet kursiert und demnächst in den Kinos läuft. Dutzende Organisationen vom DGB über die kirchlichen Hilfswerke bis zur GLS-Bank sind der Kampagne beigetreten. Und schon haben sich führende Politiker aller Parteien mit Ausnahme der FDP der Forderung angeschlossen. „Wir werden diese Steuer kriegen, die Zeit ist einfach reif“, sagt Alt und klingt dabei, als wisse er Gott auf seiner Seite.

Und so ist es auch gemeint. Denn Alt ist nicht nur Aktivist, sondern auch Jesuit, der seit 28 Jahren seinem Glauben und seinem Orden dient. Aber ist das vereinbar? Warum mischt sich ein Pater der Societas Jesu, wie der Orden im Kirchenlatein heißt, derart in die aktuelle Politik ein?

Wer Alt im Haus der Jesuitenmission in Nürnberg besucht, trifft auf einen leger gekleideten 48-jährigen mit Kurzhaarfrisur, der seine innere Unruhe nur schwer verbergen kann. Zum Gespräch am Arbeitstisch in seiner bescheidenen Wohnung im engen Dachgeschoss bringt er gleich einige der von ihm verfassten Bücher mit, die keinen Zweifel lassen, dass er sein Engagement gut begründen kann. Mit rauher Stimme und in ansteckend heiterem Ton macht er schnell klar, dass politischer Einsatz für einen Jesuiten nun wirklich nichts Ungewöhnliches sei. Schließlich habe die Glaubenskongregation des Ordens schon im Jahr 1974 erklärt, dass zum „Dienst am Glauben die Förderung der Gerechtigkeit notwendig dazugehört“ – ein Auftrag, der ihm ein ebenso aufregendes wie anstrengendes Leben bescherte.

Von Anfang an, als Abiturient im Jahr 1981 im pfälzischen Frankenthal, habe ihn diese Verbindung stark angezogen, erinnert sich Pater Jörg, wie ihn die Angestellten des Ordens nennen. Damals habe er Wissenschaftler, Diplomat, Journalist oder Priester werden wollen. Mit dem Eintritt bei den Jesuiten habe er „alles auf einmal bekommen“. Der Weg dahin verlief jedoch keineswegs gerade. Statt der Arbeit für die Armen und Benachteiligten verordneten ihm die Ordensoberen ein Studium der Philosophie und Sozialethik an der Jesuitenhochschule in München, von dem er zunächst nichts hatte wissen wollen.

Dem ungeliebten Grundstudium folgte auch noch ein Fehlstart. Der Orden schickte ihn 1985 als Erzieher ins katholische Internat Sankt Blasien, heute eine doppelt schmerzhafteste Erinnerung. Nicht nur, dass er mit der „Disziplinierung der Schüler“ Mühe hatte und darum schon nach einem Jahr wieder gehen musste, weil der autoritäre Erziehungsstil nicht sein Ding war. Zudem habe er von den sexuellen Übergriffen, die auch in diesem Internat vorkamen und heute die ganze Idee des Ordens in Misskredit bringen, „nichts mitbekommen“, bedauert er. Dass jetzt all das aufgeklärt werde, sei zwar gut und richtig. Doch die massenmediale Aufbereitung tut ihm sichtlich weh. „Jetzt sieht es so aus, als ob alles schlecht wäre, was wir tun“, sagt er, das sei „einfach unfair“. Schließlich gebe es viel in der Ordensarbeit, auch der mit Jugendlichen, „auf das wir wirklich stolz sein können“.

Das gilt für seine eigene Arbeit allemal. Nach dem Misserfolg im Internat ging er nach Würzburg, um dort bei der Flüchtlingshilfe der Caritas zu arbeiten. Dort empörte ihn die demütigende Behandlung von Asylbewerbern, denen die Behörden anstatt finanzieller Hilfen nur Sachleistungen in Form von schlecht sortierten Lebensmittelpaketen zugestanden. Darum startete Alt seine „erste Kampagne“ und demonstrierte mit öffentlichen Einkaufsaktionen, wie Flüchtlinge für das gleiche Geld bessere und ihrer jeweiligen Kultur angemessene Lebensmittel bekommen würden, wenn sie nur selbst hätten einkaufen dürfen. Dem so erzeugten öffentlichen Druck mussten sich die zuständigen Beamten schließlich fügen.

Auf sein wahres Talent stieß der engagierte Priester jedoch erst, als sich im Jahr 1995 der Jesuiten-Flüchtlingsdienst an der damals laufenden weltweiten Kampagne zum Verbot von Landminen beteiligte. Als ein vorgesetzter Ordensbruder ihn fragte, ob er das Thema nicht übernehmen könnte, schlug Alt sofort ein. Und prompt brachte ihm sein Einsatz den Job als Koordinator des ganzen Projekts ein.

Thomas Gebauer, Geschäftsführer der Hilfsorganisation Medico International, der die Aktion in Deutschland ins Leben gerufen hatte, erinnert sich noch gut an die Ankunft des Jesuiten im Kreis der Aktivisten. Deren Wirken habe sich bis dahin weitgehend auf die „Gegenöffentlichkeit“ beschränkt. Alt habe dann jedoch „einen ganz anderen Drive“ eingebracht und das „politische Bonn“ mobilisiert. Zwar sei er zuweilen „ein bisschen streng“ gewesen, aber ihm sei es gelungen „die Brücke in andere Milieus zu bauen“ und so die politische Lobbyarbeit voranzubringen. „Der hängt sich rein und ist absolut zuverlässig“, lobt Gebauer seinen früheren Mitstreiter. Nicht zuletzt deshalb machte sich schließlich auch der damalige Außenminister Klaus Kinkel (FDP) das Ziel des Verbots der Produktion von Personenminen zu eigen.

So saß Alt denn auch mit am Tisch der deutschen Delegation, als es bei den abschließenden Verhandlungen für eine weltweite Verbotskonvention in Oslo 1997 gelang, auch die Briten zu gewinnen und damit – trotz des Widerstands der US-Regierung – der Vertrag in Kraft gesetzt werden konnte. „Das war ein echter

Triumph“, freut sich Alt noch heute. Dass die Aktivisten noch im selben Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden und er bei der Zeremonie selbst zu den Geehrten gehörte, sieht er dagegen eher als eine „Fußnote der Geschichte“.

Weit mehr als eine Fußnote setzte Alt schließlich bei jenem Thema, das ihn bis heute nicht losgelassen hat: Das Leben der „sogenannten Illegalen“, Flüchtlingen, die ohne Papiere und ohne Chance auf Asyl zu Hunderttausenden in Europa leben und als Menschen dritter Klasse vielfach wehrlose Opfer von Ausbeutung und Betrug werden. Als er bei der Flüchtlingsarbeit zu Beginn der 90er Jahre erstmals auf diese Ausgestoßenen stieß, waren sie in Deutschland ein Nichtthema. Es gab keine Daten, keine Forschung, keine politische Debatte. Das hat Alt gründlich geändert. Zehn Jahre widmete er der Erforschung und Verbesserung der Lebenssituation der Illegalen. Er führte Hunderte von Gesprächen, vermittelte ärztliche Hilfe oder Schulen für die Kinder, ging gegen Ausbeuter bei Bauunternehmen vor und sorgte dafür, dass die Illegalen bei der Einwanderungsdebatte eine Stimme hatten. Das von ihm ins Leben gerufene „Katholische Forum Leben in der Illegalität“, dessen erster Geschäftsführer er war, ist bis heute die vielleicht wichtigste Institution zu deren Schutz.

Alts Studien kamen so gut an, dass der Soziologe Hartmut Häußermann von der Berliner Humboldt-Universität dessen 600-seitiges Werk über das „Leben in der Grauzone“ als Doktorarbeit annahm, die ihm anschließend auch noch den Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien einbrachte. „So kam ich zum Doktor in einem Fach, für das ich nie auch nur eine Vorlesung besucht habe“, erzählt Alt und lacht dabei, als wäre auch das wieder nur eine kleine Episode gewesen.

Tatsächlich aber nahm ihn das oft von Verzweiflung geprägte Schicksal seiner Schützlinge hart mit. Am Ende, gesteht er, „hat mich diese Arbeit fertig gemacht“. Darum bat er um eine Auszeit bei seinen Vorgesetzten, die ihm eine Pfarrei im mittelamerikanischen Belize anvertrauten. Dort, bei der Arbeit mit den Nachfahren der Maya, erlebte er „die glücklichste Zeit“ seines Lebens, sagt er. Als Seelsorger für Menschen, „die noch weitgehend im Einklang mit der Natur leben“, fand er herzliche Aufnahme. Allerdings hatte die Harmonie eine auffällige Leerstelle: Die Mehrheit der männlichen Bevölkerung arbeitete illegal in den USA, um mit ihrem kargen Lohn die Familien daheim zu unterstützen. So erweiterte er seine Priesterarbeit bis in die Slums von Los Angeles, und Alt wäre nicht er selbst, wenn dabei nicht erneut eine große Studie über „Globalisierung, illegale Migration und Armutsbekämpfung“ herausgekommen wäre.

Wäre es nach ihm gegangen, wäre er einfach in Belize geblieben. Aber die freie Wahl des Arbeitsortes ist in einem Jesuitenleben nicht vorgesehen. Das Gelübde umfasst neben der Verpflichtung zur Armut und der Ehelosigkeit eben auch den Gehorsam. Und der Mangel an Nachwuchs für den Orden hierzulande mündete in der Anweisung, er werde hier gebraucht. Darum ging Alt als Hochschulpfarrer zuerst nach Basel, seit Oktober 2009 schließlich nach Nürnberg. Und prompt packte ihn bei einer Veranstaltung zur Finanzkrise erneut der Politik-Virus. „Da wurde alles Mögliche diskutiert, aber nicht die schon seit Jahrzehnten erhobene Forderung, Finanzgeschäfte mit einer Umsatzsteuer zu belegen, um die Spekulation zu bremsen“, beobachtete er.

Mit der Finanzindustrie in der Defensive erkannte er aber genau darin eine „einmalige Chance“. Eine Transaktionssteuer für Finanzgeschäfte von nur 0,1

Prozent würde allein in der EU gut 300 Milliarden Euro im Jahr einbringen, hatte eine Studie des Wiener Instituts für Wirtschaftsforschung ergeben. „Wenn wir das bekämen, könnten wir endlich all die Versprechen zur Armutsbekämpfung wahr machen“, glaubt Alt, der darin die Vollendung seiner langjährigen Arbeit für Flüchtlinge sieht. Stets werde gesagt, man müsse den unerwünschten Migranten in ihren Heimatländern wirtschaftliche Chancen eröffnen. Und dann sei „doch immer nur Geld für die Repression da“. Darum handelte er seinem Ordenschef die Erlaubnis ab, zu diesem Zweck eine Kampagne organisieren zu dürfen.

Das Ansinnen traf bei so manchem Gleichgesinnten zunächst auf ein müdes Lächeln. Schließlich trommeln die Globalisierungskritiker von Attac schon seit mehr als zehn Jahren vergeblich dafür. Als Alt bei ihm angerufen habe, erzählt Peter Wahl, einer der Attac-Veteranen, habe er ihm vorgehalten, „dass da die Luft raus ist“. Doch Alt ließ sich nicht beirren und operierte virtuos mit Mailinglisten und Facebook-Gruppen, um Unterstützer zu finden. Quer durch die Republik sei er „nervig für die gute Sache“, beschreibt sein Ordensbruder Klaus Vähröder Alts unermüdliches Kurbeln. Zuweilen pflege er in solchen Phasen allerdings einen „gewissen Tunnelblick“.

Bündnispartner fand Alt aber keineswegs nur bei Gewerkschaftern oder Attac, sondern auch bei der CSU und deren Parteichef Horst Seehofer. Als dann sogar die Bundeskanzlerin und Frankreichs Staatspräsident das Thema im Oktober beim G-20-Gipfel in Pittsburgh auf die Agenda brachten, hatte Alt sein Netzwerk schon stehen. Wohl wissend, dass der Widerstand der Hochfinanz gewaltig sein würde, überzeugte er seine Mitstreiter, nun die Bürger mit Hilfe einer Petition an den Bundestag zu mobilisieren. Und trotz der gesetzlichen Frist von nur drei Wochen gelang es noch im Dezember, die 50 000 Unterschriften zu sammeln, die für eine Anhörung des Anliegens im Bundestag vorgeschrieben sind.

Seitdem hat das Vorhaben gewaltigen Zulauf. Erst sprach sich der Bundesvorstand der CDU dafür aus, dann brachten die SPD-geführten Länder das Projekt in den Bundesrat ein. Wahl und andere erfahrene Kämpen stellten eine EU-weite Petitionskampagne auf die Beine, und sogar in Großbritannien, dem Zentrum der globalen Finanzindustrie, läuft die Mobilisierung für die dort so genannte „Robin-Hood-Tax“ auf Hochtouren. Die nächste Etappe für Alt ist nun am 17. Mai die Anhörung im Finanzausschuss des Bundestags.

Ob all das am Ende wirklich zum Erfolg führt, ist gleichwohl höchst ungewiss. Denn die Finanzbranche lancierte das für sie kleinere Übel einer international vereinbarten Sonderabgabe auf Bankengewinne in die G-20-Verhandlungen. Und schon propagieren Finanzminister Wolfgang Schäuble und seine Euro-Kollegen diese Lösung, weil sie so die Erlöse national verwalten können, anstatt erstmals eine transnationale Steuer für globale Aufgaben einzuführen. Für Alt ist das jedoch kein Grund zur Sorge. Selbst wenn der Durchbruch jetzt nicht gelinge, werde die nächste Gelegenheit kommen. „Gott schreibt auf krummen Wegen gerade“, sagt er. Das habe er nur zu oft erfahren.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 26.03.2010)